Wirkungsorientierte Steuerung

**Darstellung der Ergebnisse im Produkt-
haushalt**

Budget 50

Haushaltsjahr 2018

**Handlungsfeld „Soziales, Familie, Kinder,
Jugend und Wohnen“**

o

**Angemessenheit der Aufwendungen für
Unterkunft und Heizung**

Strategischer Schwerpunkt

Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung

Neben der Vermittlung von Menschen in Arbeit sind die Beachtung von Angemessenheitsgrenzen für angemieteten Wohnraum sowie die tatsächliche Verfügbarkeit von Wohnraum für unterschiedliche Bedarfsgemeinschaftsgrößen weitere Aspekte bei der Steuerung der Leistungen für Unterkunft und Heizung.

WIRKUNGSZIEL

Die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung für Menschen mit Leistungsbezug nach dem SGB II oder XII bleiben stabil oder steigen nur im Rahmen der allgemeinen Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt an.

LEISTUNGSZIEL UND MAßNAHMEN

Leistungsziel: Die Übernahme unangemessen hoher Mietaufwendungen wird vermieden.

Ausgangslage

In der Sozialgesetzgebung sind sowohl im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) als auch im Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) gesonderte Regelungen zu den Bedarfen für Unterkunft und Heizung für hilfebedürftige Menschen getroffen, die sich nicht aus eigenen Mitteln mit Wohnraum versorgen können.

Bedarfe für Unterkunft und Heizung werden in der Höhe der tatsächlichen Aufwendungen anerkannt, sofern sie angemessen sind. Die Angemessenheit der Unterkunftskosten ist somit ein wesentlicher Einflussfaktor auf die Höhe der Aufwendungen im Kreishaushalt.

Bei der Angemessenheit handelt es sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, dessen rechtssichere Konkretisierung dem Kreis Unna als kommunalen Träger von Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II bzw. dem örtlichen Träger der Sozialhilfe nach dem SGB XII obliegt.

Der Kreis Unna hat seine Regelungskompetenz als Träger der Sozialhilfe wahrgenommen und ein schlüssiges Konzept zur Ermittlung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft erstellt.

Diese Richtlinie dient als Maßgabe für die Gewährung angemessener Unterkunfts- und Heizkosten im Regelfall, um eine Gleichbehandlung der leistungsberechtigten Personen nach dem SGB II und auch nach dem SGB XII im gesamten Kreis Unna sicherzustellen.

Die in der Richtlinie festgelegten Richtwerte sind als Arbeitsanweisung für die Sachbearbeitung bindend und bei jeder Neu- oder Weiterbewilligung von Leistungen zugrunde zu legen.

Maßnahmen

Überwachung der Einhaltung des schlüssigen Konzeptes durch fachaufsichtliche Prüfungen

Trotz der bindenden Wirkung der Richtlinie des Kreises Unna über die Anerkennung angemessener Bedarfe für Unterkunft und Heizung für die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im Jobcenter des Kreises Unna und den Sozialämtern in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, werden im Rahmen von Stichprobenüberprüfungen oder Widerspruchverfahren immer wieder Fälle bekannt, in denen die Richtlinie nicht angewendet wurde. Eine Ursache hierfür ist unter anderem die Fluktuation auf den Sachbearbeiterstellen der Leistungsgewährung insbesondere im Jobcenter des Kreises Unna. Eine kontinuierliche, richtlinienkonforme Sachbearbeitung kann dadurch nicht immer gewährleistet werden.

Durch eine verstärkte **fachaufsichtliche Prüfung** soll sichergestellt werden, dass die Einhaltung der Richtlinie erfolgt.

Diese Maßnahme ist auch unter dem Aspekt der Überprüfungen von Fehlbuchungen in der vom Jobcenter in den Jahren 2005 – 2015 eingesetzten Software A2LL zu sehen, die derzeit noch im RPA vorgenommen wird, zu betrachten.

Eine Verstärkung der Fachaufsicht erscheint grundsätzlich geboten, um zukünftig wieder regelmäßig vor Ort in den Dienststellen des Jobcenters und der Ortsbehörden regelmäßige Prüfungen der ordnungsgemäßen und rechtlich einwandfreien Aufgabenerledigung wahrnehmen zu können.

Einsatz eines Instruments zur Wohnraumbeobachtung

Mit dem Einsatz der Software AMIGO (AngebotsMieten Gut Organisiert) soll neben der regelmäßigen Fortschreibung der Richtlinien zukünftig auch eine unterjährige Betrachtung und Analyse der örtlichen Mieten erfolgen um beobachten zu können, ob tatsächlich erforderlicher angemessener Wohnraum zur Verfügung steht.

Beratung der Akteure auf dem Wohnungsmarkt | Zusammenarbeit mit der UKBS und der Stabsstelle PM

Im Jahr 2016 waren rund 53 % der Bedarfsgemeinschaften sog. „Single-BG“, d. h. der Empfänger von Leistungen wohnt allein. Der Wohnflächenhöchstwert beläuft sich in diesen Fällen auf bis zu 50 qm. Häufig beklagen Hilfeempfänger, dass Wohnungen in dieser Größe nicht zur Verfügung stehen.

Gemeinsam mit den Akteuren auf dem Wohnungsmarkt – insbesondere der UKBS -, der Stabsstelle Planung und Mobilität sowie den Städten und Gemeinden als Träger der kommunalen Planungshoheit sind hier geeignete Gegenmaßnahmen zu entwickeln.

Der Kreis Unna wird sich dabei dafür einsetzen, dass die Bedürfnisse von Menschen im unteren Einkommenssegment (z. B. Leistungsbezieher SGB II/XII, Geringverdiener, Wohngeldempfänger, Asylbewerber/Flüchtlinge etc.) sowie Menschen mit sozialen Schwierigkeiten bei der Vermietung und dem Neubau von Wohnraum berücksichtigt werden.

Stand: 09.11.2017

Handlungsfeld	Strategischer Schwerpunkt	Wirkungsziel Was wollen wir erreichen?	Leistungsziel Was müssen wir dafür tun?	Maßnahmen Wie müssen wir es tun?	Kennzahlen Wie lässt sich die Zielerreichung messen?	Einsatz von Ressourcen	Wirkung
<p>Übergreifende Leitsätze</p> <p>4. Alle finanziellen Ressourcen werden sparsam, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert eingesetzt, auch und gerade mit Blick auf die Handlungsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden (Kreisumlage).</p> <p>Soziales, Familien, Kinder, Jugend und Wohnen</p> <p>Leitsatz: Der Kreis Unna</p> <ul style="list-style-type: none"> - setzt sich für innovatives, attraktives und bezahlbares Wohnen in allen Lebenslagen ein. 	<p>Angemessenheit der Aufwendungen für Unterkunft und Heizung</p>	<p>Die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung für Menschen mit Leistungsbezug nach dem SGB II oder XII bleiben stabil oder steigen nur im Rahmen der allgemeinen Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt an.</p>	<p>Die Übernahme unangemessen hoher Mietaufwendungen wird vermieden.</p>	<p>Überwachung der Einhaltung des schlüssigen Konzepts durch fachaufsichtliche Prüfungen</p> <p>Einsatz eines Instrumentes zur Wohnraumbeobachtung</p> <p>Beratung der Akteure auf dem Wohnungsmarkt</p>	<p>Entwicklung der durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen der Unterkunft und Heizung</p>	<p>Personaleinsatz in der Fachaufsicht (0,5 VZÄ)</p> <p>EG 11 38.345 € zzgl. 7.669 € Sachkosten und 9.700 € Kosten eines Arbeitsplatzes) = 55.714 €/Jahr</p> <p>Evaluation des Personaleinsatzes im Hinblick auf finanzielle Auswirkungen (Prüfergebnis)</p>	<p>Sicherstellung der Anwendung des schlüssigen Konzeptes auch unter Gesichtspunkten der Gleichbehandlung</p> <p>Einfluss auf den Wohnungsmarkt zur Schaffung notwendigen Wohnraums (Wohnungsgrößen angemessene Mietpreise)</p>

Schlüsselprodukt	
50.01.02 – Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II	
Verantwortliche Org.Einheit	50.1 Grundsatzangelegenheiten und soziale Sicherung
Klassifizierung	A
Auftragsgrundlage	
<u>Gesetzesgrundlagen:</u> Sozialgesetzbuch Zweites Buch (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende	
<u>Beschlüsse und Vereinbarungen:</u> Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und den Agenturen für Arbeit Dortmund und Hamm zur Ausgestaltung des „Jobcenters Kreis Unna“ Richtlinien zu den angemessenen Kosten der Unterkunft und Heizung Vereinbarung zur Betreuung von Kindern im Alter von 0 – 14 Jahren als kommunale Eingliederungsleistung nach § 16 a SGB II Vereinbarung zur Umsetzung und Finanzierung der Schuldnerberatung im Kreis Unna	
Beschreibung	
Wahrnehmung von Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II für die Agentur für Arbeit und den Kreis Unna durch das Jobcenter Kreis Unna	
Erläuterung	
<p>Die Änderung des Grundgesetzes (Artikel 91e), in Kraft getreten am 27.07.2010, hat die Zusammenarbeit von Bund und Ländern bzw. der nach Landesrecht zuständigen Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in gemeinsamen Einrichtungen als Regelfall verankert. Näheres ist durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisation der Grundsicherung für Arbeitssuchende vom 10.08.2010 geregelt. Der Kreistag des Kreises Unna hat in seiner Sitzung am 28.09.2010 beschlossen, zur einheitlichen Durchführung der Grundsicherung für Arbeitssuchende die Zusammenarbeit mit den Agenturen für Arbeit Dortmund und Hamm über den 31.12.2010 hinaus in Form eines Jobcenters als gemeinsame Einrichtung nach § 44 b SGB II weiterzuführen. Seit dem 01.07.2012 hat allein die Agentur für Arbeit Hamm neben dem Kreis Unna die Trägerverantwortung. Die Ausgestaltung und die Organisation des Jobcenters Kreis Unna sind in der Vereinbarung zwischen dem Kreis Unna und der Agentur für Arbeit zur Bildung eines Jobcenters geregelt, die zuletzt 2015 aktualisiert und verlängert wurde.</p> <p>Seit dem 01.01.2011 erfolgt somit die Wahrnehmung der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II durch das Jobcenter Kreis Unna mit der Zielsetzung, Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit zu reduzieren.</p> <p>Vom Jobcenter werden sämtliche Leistungen nach SGB II erbracht, von denen der Kreis Unna u.a. für die Leistungen der Unterkunft zuständig ist.</p> <p>Die Arbeit des Jobcenters wird im Rahmen des Fachcontrollings SGB II eng begleitet und die Entwicklung der kommunalen Leistungen durch ein qualifiziertes Monitoring überwacht.</p>	

Kommunale Einflussmöglichkeiten

Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind die Bundesagentur für Arbeit (vertreten durch die Agentur für Arbeit Hamm) und der Kreis Unna. Beide Träger arbeiten in der Trägerversammlung, die paritätisch besetzt ist, zusammen. Die Trägerversammlung entscheidet über organisatorische, personalwirtschaftliche, personalrechtliche und personalvertretungsrechtliche Angelegenheiten der gemeinsamen Einrichtung und stimmt das örtliche Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm der Grundsicherung für Arbeitssuchende unter Beachtung der Zielvorgaben der Träger ab.

Der Kreis Unna hat im Rahmen von Fachaufsicht und Richtlinienkompetenz steuernden Einfluss auf die kommunalen Leistungen, die vom Jobcenter erbracht werden, insbesondere auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung.

Grund- und Strukturdaten

	2014	2015	2016	2017 Plan	2018 Plan
Durchschnittliche KdU pro Bedarfsgemeinschaft im SGB II*	383 €	368 €	365 €	369 €	377 €
Anteil der Single-BG an den Bedarfsgemeinschaften	54,06%	54,42%	52,55%		
Planstellen	1,91	1,91	2,08	2,03	2,03

Wirkungsziele – was wollen wir erreichen?					Zielgruppe		
W1	Die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen für die Unterkunft und Heizung für Menschen mit Leistungsbezug nach dem SGB II oder XII bleiben stabil oder steigen nur im Rahmen der allgemeinen Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt an. Die allgemeine Kreisumlage bleibt stabil.	Leistungsempfänger SGB II und XII Kreisangehörige Städte und Gemeinden im Rahmen der Umlagegemeinschaft					
Leistungsziele – Was müssen wir dafür tun?							
W1.L1	Die Übernahme unangemessen hoher Mietaufwendungen wird vermieden.						
Maßnahmen – Wie müssen wir es tun?							
W1.L1.M1	Überwachung der Einhaltung des schlüssigen Konzeptes durch fachaufsichtliche Prüfungen (Einsatz von 0,5 VZÄ)						
W1.L1.M2	Einsatz einer Software zur Wohnraumbeobachtung						
W1.L1.M3	Beratung der Akteure auf dem Wohnungsmarkt Zusammenarbeit mit der UKBS und der Stabsstelle PM						
	Kennzahlen der Zielerreichung	2016 Ist	2017 Ziel	2018 Ziel	2019 Ziel	2020 Ziel	2021 Ziel
	Entwicklung der durchschn. Kosten der Unterkunft und Heizung pro Bedarfsgemeinschaft und Monat						